blickpunkt
305 5/96
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Wrangler geht, Nike kommt

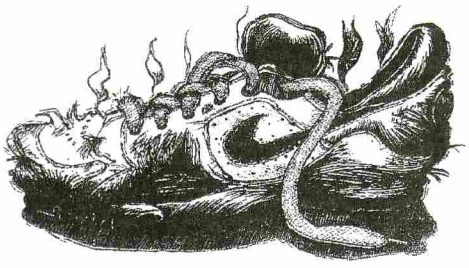
„Einer der großen Steuerzahler geht" stand in einer örtlichen Zeitung. Der Stadtkämmerer ist betrübt, daß der Steuerzahler Wrangler schon nach zehn Jahren Mörfelden-Walldorf verläßt, tröstet sich aber mit Nike. Neben den Gewerbesteuern sind es 150 Arbeitsplätze die verlorengehen. Gerade bei diesem Hin und Her wird deutlich, wie unsicher die Geldquelle Gewerbegebiet ist. Es gibt nicht den geringsten Grund, immerzu vollmundig auf die erfolgreiche Ansiedlungspolitik zu verweisen. Erstens bringt die Stadt gewaltige Vorleistungen, indem sie neue kommunale Einrichtungen schaffen muß. Darüber hinaus wird dabei immer mehr zugebaut. Der Boden wird versiegelt, der Verkehr nimmt zu. Zweitens spürt man, wie abhängig Kommunalpolitik von den großen Firmen wird. Diese kommen und gehen und keiner kann die jeweilige Geschäftspolitik mit allen ihren Steuertricks überschauen.
Vielleicht sollten sich Bürgermeister und Stadtkämmerer doch bald einreihen in die wachsenden Demonstrationen gegen Sozialabbau und die Finanznot der Kommunen.

Zu Berichten in der Lokalpresse, daß der amerikanische Sportartikelhersteller Nike seine Deutschland-Niederlassung von Weiterstadt nach Mörfelden verlegen will, erreichte uns nachfolgende Leserpost.
Vielleicht wird dadurch die Begeisterung von Bürgermeister und Stadtkämmerer etwas gedämpft und die Bereitwilligkeit, der Firma Extrawünsche zu erfüllen, nimmt ab. Irgendwas stinkt nämlich auch bei Nike und das sind nicht nur die Schuhe!

„Im Jahre 1984 schloß Nike seine letzte Schuhfabrik in den USA und verlagerte die Arbeitsplätze ins Ausland. Heute stellen indonesische Arbeiter Nike-Schuhe für gerade mal 14 Cents (ca. 21 Pfennige) pro Stunde her - 2 Cents (3 Pfennige) mehr gibt's für Überstunden. Achtzig Prozent der Beschäftigten bei Nike in Indonesien sind Frauen. Die Internationale Arbeitsorganisation stellt fest, daß 88 Prozent der indonesischen Frauen, die zu diesen Löhnen arbeiten, unterernährt sind. Sogar die indonesische Regierung räumt ein, daß das zum Überleben nicht genug ist. *(Fortsetzung nächste S.)*

Warnstreiks im öffentlichen Dienst

Auch in Mörfelden-Walldorf traten 100 Beschäftigte der Stadtverwaltung und der Stadtwerke in einen befristeten Warnstreik. Viele Kolleginnen und Kollegen zeigten Solidarität mit den Streikenden und ihren Forderungen nach 4,5% mehr Lohn und Gehalt, Angleichung der Einkommen in Ostdeutschland und Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung und für mehr Ausbildungsplätze. In einer kurzen Rede wies ÖTV-Vertrauensleutesprecherin Erna Hechler-Schulmeyer die Forderung der öffentlichen Arbeitgeber nach einer Nullrunde und die Drohung mit Entlassungen zurück. Danach ging es zu einer der beiden zentralen Kundgebungen im Kreis Groß-Gerau nach Rüsselsheim.



(Fortsetzung von S. 1)

Es kostet Nike gerade 5,95 Dollar (= DM 8,90) an Material und Lohnkosten, um ein Paar Cross-Trainers in Indonesien herzustellen. Sie werden in den USA für 124,99 Dollar (= DM 187,-) verkauft. Andere Nike-Fabriken befinden sich in China, Malaysia und Thailand, wo die Löhne niedrig sind, die Arbeitsbedingungen lausig, und die Gewerkschaften zerschlagen oder von der Regierung kontrolliert.

Nikes Verteidigung - daß man mehr zahle als andere Arbeitgeber in diesen Ländern - ist das gleiche Argument, das US-Gesellschaften benutzen, um maquiladoras* in Mexiko und Mittelamerika zu rechtfertigen. Das stinkt!
Nike ist eine Gesellschaft mit 3,4 Milliarden Dollar (= 5,1 Milliarden DM) Umsatz und einem Netto-Gewinn nach Steuern von 329,2 Millionen Dollar (= 483,8 Millionen DM) im letzten Steuerjahr (1992, d.Ü.).

maquiladoras: US-Fabriken in Mexiko und anderen mittelamerikanischen Ländern, in denen einheimische Arbeiter aus US-Rohstoffen und Halbfertigteilen zu Niedriglöhnen Güter für den US-Markt herstellen

(Aus: „Solidarity", Monatszeitschrift der US-Gewerkschaft UAW (United Auto Workers), Januar 1993)

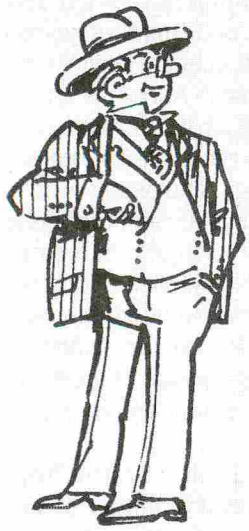
Das Maß ist voll!

Arbeitgeber und Bundesregierung wollen die sozialen Errungenschaften in diesem Land abschaffen. Hand in Hand beginnen sie mit der Neuordnung ihrer Wirtschaftspolitik. Das vorgelegte Programm der Bonner-Regierungsparteien „für mehr Wachstum und Beschäftigung" ist eine Provokation. Ein wirkliches Konzept zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit kann die Regierung hingegen nicht vorlegen. Den Unternehmensverbänden gehen die Einschnitte ins soziale Netz aber noch nicht weit genug. Sie betreiben die Demontage des Sozialstaates munter weiter. Beim Sozialabbau waren leider auch einige Gewerkschaftsführer, allem voran der DGB-Vorsitzende Schulte, der Bundesregierung und den Arbeitgebern behilflich. Bei den Tarifverhandlungen verfolgen die Arbeitgeber das Ziel, tarifliche Leistungen zu streichen und Arbeitnehmerrechte abzubauen. Sie hoffen, daß sich keiner dagegen wehrt, rechnen mit der Angst der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Diese Rechnung scheint nicht mehr aufgehen. Die Wut bei den Beschäftigten und bei den Bürgerinnen und Bürgern über das „Sparpaket" der Bundesregierung nimmt zu.
Dieser Zorn muß zu massiven Protesten organisiert werden. Die 1.-Mai-Kundgebungen in den Großstädten waren ein Anfang. Verschiedene Einzelgewerkschaften haben zwischenzeitlich einige Proteste organisiert. Am 28. April demonstrierten 50.000 Menschen in Bonn gegen die Verschlechterung der Arbeitszeit im Einzelhandel und gegen den Sozialabbau. Im öffentlichen Dienst und bei der Post haben Warnstreiks gegen ein Nullrunde bei den Tarifverhandlungen und gegen die Sozialkürzungen begonnen. Die Gewerkschaft ÖTV hat zu weiteren Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen aufgerufen. Andere Einzelgewerkschaften schließen politische Streiks nicht mehr aus. Es ist an der Zeit, daß wir den Gang in eine rechtskonservative und marktradikale Republik verhindern. Wenn wir uns heute nicht wehren, dann werden Unternehmerwillkür und die Wolfsgesetze des Kapitalismus künftig unser Arbeitsleben bestimmen. Soziale Sicherheit werden sich dann nur noch die Reichen „leisten" können. Es geht aber auch um die Zukunft der Gewerkschaften. Mit Sicherheit wird bereits in der Regierung und in der Wirtschaft über die Zerschlagung der Gewerkschaften nachgedacht.
Deshalb der Aufruf an alle unsere Leserinnen und Leser: Beteiligen Sie sich an den Protestaktionen der Gewerkschaften, die in nächster Zeit stattfinden.
Fahren Sie am 15. Juni zur zentralen Kundgebung des DGB nach Bonn!

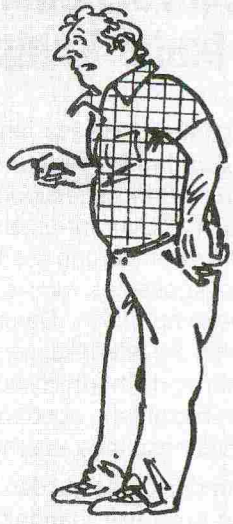
Helga Fritz

Ehrenbrief des Landes Hessen

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß mit den Stimmen von SPD, den Grünen, der DKP/OL und des Parteilosen H. Oswald einen Appell an die Landesregierung, den Stadtverordneten Rudolf Dötsch und Rudi Hechler den bisher verweigerten Ehrenbrief des Landes zu verleihen.
Die CDU stimmte dagegen. Ihr Sprecher Jung spuckte Gift und Galle. Seine antikommunistischen Ausfälle bewiesen einmal mehr, daß er sich immer noch in den Schützengräben des kalten Kriegs aufhält.
Helga Fritz, DKP/OL, sagte zum Thema u.a.: *„Die Ablehnung des Ehrenbriefes durch das Land Hessen für die Stadtverordneten Rudi Hechler und Rudolf Dötsch und die damit verbundene Nichtgleichbehandlung langjähriger aktiver Kommunalpolitiker stellt eine Diskriminierung dar. Die Haltung der hessischen Landesregierung, die Ablehnung des Ehrenbriefes ging auch überregional, durch die Medien und hat entsprechende Reaktionen hervorgerufen. In Vereinen, Organisationen und bei den Bürgerinnen und Bürgern in Mörfelden-Walldorf wird darüber diskutiert.*
Wir haben in den letzten Wochen ein breites und positives Echo erfahren. Es gab viel Unverständnis für die Haltung der hessischen Landesregierung. Einige kleinkarierten Bürokraten in Wiesbaden scheinen nicht so genau zu wissen, über was sie eigentlich reden. Als skandalös empfinden wir jedenfalls den Vergleich mit den REP. Wir stehen damit nicht alleine. Der Eichel-Vertraute Schmidt-Deguelle disqualifiziert sich damit selbst.
Die beiden Stadtverordneten sind aufrichtige Antifaschisten, haben soziales Engagement, sind aktiv im kulturellen, sportlichen und politischen Leben seit vielen Jahren.
Man muß daran erinnern: Der demokratische Neubeginn nach 1946 begann mit der Verfassungsberatenden Landesversammlung. Hier hat auch die KPD mitgearbeitet, darunter ein Mörfelder Kommunist. Der erste hessische Arbeitsminister war Oskar Müller und der war von der KPD. Das alles verdrängt man. Sozialdemokraten in Wiesbaden weichen bei diesem Thema vor der CDU zurück."



Deutschland: Reich an Reichen, reich an Armen!



Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
"Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich."

Kindervers von Bertolt Brecht

Die Armen werden ärmer

Etwa 10% der Bevölkerung erhält derzeit Leistungen aus der Sozialhilfe.
7 Millionen Menschen sind arm (EG-Regel: haben weniger als die Hälfte der Durchschnittshaushaltseinkommen. 1,5 Millionen Menschen davon sind Kinder.
Mehr als 150.000 Menschen sind obdachlos, mehr als 800.000 leben in Notunterkünften.
4 Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos registriert, einschließlich Umschulung, ABM, Frührente sind mehr als 6 Millionen ohne Arbeit.
Die Nettolöhne sind von 1980 bis 1995 nur um 1,9% gestiegen.
Seit Jahren findet - erst langsam, dann immer rigoroser - Sozialabbau in allen Bereichen statt.

Die Reichen werden reicher

19 Deutsche zählen zum Club der 100 Reichsten der Welt.
Es gibt mehr als 100 Milliardäre in Deutschland.
Gloria von Thurn und Taxis ist jeden Morgen um 500.000 DM reicher allein durch Wertsteigerung ihrer Immobilien (Spiegel, 22.11.93).
Die Hälfte aller Einkommensmillionäre zahlt keine Steuern.
Das Geldvermögen der Unternehmen ist von 685 Milliarden (1980) auf 1873 Milliarden DM (1994) angestiegen.
Die Unternehmergewinne sind von 1980 bis 1995 um 180% gestiegen.

Der Staat nimmt bei den Armen

Lohnsteuer und Sozial-Abgaben stiegen von 27,4% (1960) über 36,6% (1980) auf heute 46,1%.

Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen stieg von 12% (1960) auf heute 36%.

Arbeitslosengeld und -hilfe wurden gekürzt, die Sozialhilfe stagniert.

Verzicht bei den Reichen

Körperschaftssteuer, veranlagte Einkommenssteuer und Gewerbesteuer hatten 1980 einen Anteil von 23,6% am Gesamtsteueraufkommen, 1994 betrug er nur noch 11,3%.

Wenn diese Steuern noch den gleichen Anteil hätten, würden jährlich 100 Milliarden DM mehr in die Staatskasse fließen.

100 Millionen DM zahlte der Siemens-Konzern im vergangenen Jahr an Steuern; gleichzeitig erhielt er 190 Millionen DM aus Steuergeldern als Forschungszuschüsse.

Gewinne aus Kauf und Verkauf von Immobilien, Wertpapieren und Devisen werden fast überhaupt nicht besteuert.

Durch Steuerflucht und -hinterziehung gehen dem Staat jährlich etwa 130 Milliarden DM verloren (die Steuergewerkschaft schätzt 150 Milliarden)

Hauptgewinner: die Banken

Die Staatsschulden zusammen betragen inzwischen mehr als 2 Billionen DM (nur etwas niedriger ist die Summe, die die Unternehmer an liquiden Mitteln gebunkert haben).

1997 wird jede 4. Steuermark für Zinsen draufgehen.

Riesenvermögen: ungleich verteilt

Das private Geldvermögen insgesamt ist von 1,5 Billionen DM (1970) auf heute mehr als 10 Billionen DM gestiegen.
Rein statistisch verfügt jeder Haushalt über ein Gesamtvermögen von 320.000 DM. Doch die einen haben - und die anderen nicht.
50% der Haushalte besitzen 1,2% des Geldvermögens, also praktisch nichts.
40% der Haushalte besitzen 47,6% des Geldvermögens, also die Hälfte.
10% der Haushalte besitzen 51,2% des Geldvermögens, also die andere Hälfte.
Von ihren Riesenvermögen kaufen die Superreichen Staatspapiere und bekommen nochmals 7- 8% feste Zinsen, die die öffentlichen Kassen an die Banken zahlen müssen.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

Notwendig ist:

- Radikale Besteuerung der Spekulationsgewinne
- Höhere Besteuerung der Konzern- und Bankengewinne
- Unterbindung von Steuerflucht und -hinterziehung
- Drastische Kürzung der Rüstungsausgaben.
- Rücknahme des Sparprogramms
- kräftige Lohnerhöhungen
- ein Zinsmoratorium: Stopp der Zinszahlungen an die Banken, bis die öffentlichen Haushalte vor allem in den Städten und Gemeinden einigermaßen saniert sind.

Pflegeversicherung - ein fauler Kompromiß

Anfang Februar dieses Jahres einigten sich Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) und Bundesgesundheitsminister Seehofer (CSU) auf einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes, den sogenannten „Pflegekompromiß". Demnach sollen zukünftig die Pflegekassen für BewohnerInnen in Heimen nicht nur die Grundpflege bezahlen, sondern auch die Behandlungspflege übernehmen.

Was für den Laien auf den ersten Blick logisch erscheint, handelt es sich bei beiden Begriffen doch um Pflege insgesamt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Skandal für die Betroffenen. Was bedeutet eigentlich Grundpflege und Behandlungspflege? Grundpflege umfaßt Hilfeleistungen in den Bereichen der Körperpflege, der Ernährung und der Mobilität. Behandlungspflege umfaßt weitergehende notwendige Mithilfe bei ärztlicher Therapie und Diagnostik und spezielle Pflege wie beispielsweise Injektionen, Blutzuckerbestimmungen, Verbände und Medikamentengabe. Das Sozialgesetzbuch sieht vor, daß die medizinische Behandlungspflege eine originäre Leistung der Krankenkasse ist (SGB V, 37, Abs. 2). Dafür zahlen alle Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen ihre Solidarbeiträge. Nach dem Pflegekompromiß von Seehofer und Blüm sollen aber nun pflegebedürftige HeimbewohnerInnen von diesen Leistungen ausgeschlossen werden, um die Belastung der gesetzlichen Krankenkassen gering zu halten.

Dies ist natürlich ein Vertrauensbruch für alle, die brav ihre Krankenkassenbeiträge entrichteten in der Annahme, daß die Solidargemeinschaft im Falle notwendiger medizinischer Behandlung für die Kosten aufkommen würde. Darüber hinaus bedeutet dies eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung für die Betroffenen. Der durchschnittliche Höchstbetrag von DM 2.500,- monatlich für Aufwendungen für pflegebedürftige HeimbewohnerInnen wurde ursprünglich kalkuliert ohne Einbeziehung der Kosten für Behandlungspflege, geschweige denn für soziale Betreuung.
Der Quasiausschluß der HeimbewohnerInnen von den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen wird die Betroffenen daher auch weiterhin abhängig bleiben lassen von der Sozialhilfe, und damit ist klar das vorrangig offiziell formulierte Ziel der Pflegeversicherung ad absurdum geführt worden.

Auf eine kleine Anfrage der Opposition im Bundestag gab die Bundesregierung an, daß mit der Einführung der Pflegeversicherung für die Pflegeheime die Sozialämter mindestens um 11 Milliarden Mark entlastet werden würden (Bundestagsdrucksache 13/3419). Der Präsident des deutschen Landkreistages, Otto Neukum, bezeichnete diese Berechnung mit dem Hinweis auf den Seehofer-Blüm-Kompromiß zurecht als „Luftbuchung". Nach Einschätzung von Neukum sei allenfalls mit einer Entlastung von 4 Milliarden zu rechnen. Man könnte nun meinen, daß die Pflegeversicherung, wenn auch nicht im ursprünglich gedachten Umfang, so doch wenigstens zu einem geringen Teil die Sozialhilfeträger entlasten wird, und die Sozialämter die Differenz zu den tatsächlich anfallenden Pflege- und Betreuungskosten in den Heimen schon ausgleichen werden. Doch diese Annahme ist weit gefehlt. Denn auch bei den Sozialhilfeträgern gibt es natürlich ein Interesse an Einsparungen und wenn Bundesgesundheitsminister Seehofer beispielsweise davon ausgeht, daß eine tägliche Behandlungspflege von 15 Minuten pro HeimbewohnerIn ausreichend ist (!), werden die Sozialämter nicht freiwillig über dieses Rahmen hinaus finanzielle Leistungen erbringen.

Gegenwärtig befinden sich Pflegekassen und Sozialhilfeträger in der Diskussion über die Verordnung sogenannter „Höchstpflegesätze", das sind die Beträge, die Sozialämter gemeinsam mit den Pflegekassen für einen schwer pflegebedürftigen Heimbewohner maximal zu zahlen bereit sind. Die Zahlen, die bisher genannt wurden, sind alarmierend, denn sie liegen um ca. 30% unter den tatsächlich kostendeckenden Pflegesätzen der Heime. Sie reichen den Heimen in keinem Fall

Therapiezentrum ohne Bewegungsbad

Seit Ende des letzten Jahres ist das Therapiezentrum im Altenpflegeheim in Mörfelden verwaist. Die Einrichtung, die quasi als 'Bonbon', für die Altenpflege aber auch als notwendige Einrichtung für die Bevölkerung gedacht war, 'rechnete sich nicht'. Das Bewegungsbad - über eine Million soll es gekostet haben - ist nach fünf Jahren Praxis der Defizitbringer. Also nix wie zumachen! So hat die Mehrheit der Stadtverordneten gestimmt. Allein die DKP/OL-Fraktion stemmte sich argumentativ gegen den unseligen 'Zeitgeist' des Sparens um jeden Preis und stimmte dagegen .

Haben wir uns nicht schon über Gebühr ans Sparen gewöhnt, muß alles 'zurückgeschraubt' werden, was wir vor kurzem noch als lebenswert, als notwendig und angemessen hielten? Macht die Sparwut nicht vor Sozialem und der Krankenversorgung halt? Haben wir uns gewöhnt an die Miseren in Krankenhäusern und Pflegeheimen? Ist die Gesellschaft so verarmt und inhuman, daß sie die Schwachen abschiebt, sie ihrem Schicksal selbst überläßt? Während kein Tag vergeht, an dem nicht das Hohelied des Sparens gesungen wird, während man ständig neue 'Grausamkeiten' ersinnt, steigen die Gewinne, die Vermögen der Reichen.

Das Schließen des Bewegungsbades - für 30.000 Einwohner sicher kein Luxus - kostet fast 70.000,- DM. Ein Jahr Betrieb hätte Zuschüsse der Stadt von ca. 30.000,- DM gekostet. Was ist uns die Gesundheit, die Gesunderhaltung wert?

aus, um den bisher erreichten Qualitätsstandard zu halten. Für die Heime kommt als weiteres Erschwernis dazu, daß sie im Rahmen der Umsetzung der Pflegeversicherung spätestens ab dem 1. 7. 96 nur noch alte Menschen aufnehmen dürfen, denen eine Erforderlichkeit der stationären Pflege durch die Pflegekassen bescheinigt wurde. Damit werden Heime einerseits zu „Erben" des Scheiterns von häuslicher und ambulanter Pflege erklärt, andererseits werden ihnen finanzielle Daumenschrauben angelegt, die eine würdevolle Pflege schier unmöglich machen. Bei aller Wut und Empörung über dieses Vorhaben darf man selbst Herrn Seehofer und Herrn Blüm nicht wünschen, daß sie einmal selbst in die Lage kommen, unter den Umständen gepflegt zu werden, die sie selbst als ausreichend empfinden, denn die Würde des Menschen ist unteilbar, und gilt auch für die beiden genannten Herren. Aber für die Heime ist es schwer, sehr schwer, wenn sie sich einerseits durch Massenmedien skandalöse Zustände vorhalten lassen müssen, andererseits die Politik nicht bereit ist, für gute Pflege gutes Geld zu gewähren.

Es ist gesellschaftlich akzeptiert, für ein gutes Produkt gutes Geld zu bezahlen. Dem werden die Minister Seehofer und Blüm beispielsweise in Bezug auf ihre Dienstwagen (jeweils ca. 150.000 DM) sicher gerne zustimmen. Da aber, wo sich Handlungen der Menschlichkeit, wie Sterbebegleitung oder Kommunikation in der Pflege marktwirtschaftlichen Meßtechniken entziehen, fehlt diese Bereitschaft, werden die Heime von der Politik alleingelassen. Nach Einschätzung von Karl Jung (CDU), Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, wird den Betreibern von Pflegeheimen nach dem 1. Juli dieses Jahres „noch Hören und Sehen vergehen".

Ein Ausspruch, der einmal mehr beweist, daß die verantwortliche Politik nicht nur nicht bereit ist, an einem menschenwürdigen Konzept für die stationäre Altenhilfe mitzuwirken, sondern darüber hinaus bemüht ist, bei den Schwächsten auch weiterhin zu sparen. Es war nicht die Politik, die moderne Konzepte für die Altenhilfe geschaffen hat. Es waren in erster Linie die im Bereich der Altenhilfe beruflich und ehrenamtlich engagierten Menschen. Eine entsprechende Würdigung der jahrzehntelang geleisteten Arbeit durch die Politik wäre angebracht, statt dessen sollen die Pflegeheime verstärkt die Rolle von Sündenböcken einer Politik spielen, die selbst zum Pflegefall zu werden droht. Es ist zu hoffen, daß der Widerstand gegen den Seehofer-Blüm-Gesetzesentwurf breit genug sein wird, um ihn zu Fall zu bringen. Hessen und andere Bundesländer haben bereits ihren Widerstand durch den Bundesrat angekündigt.

Außerparlamentarische Opposition, beispielsweise durch ein Protestschreiben an seine Bundestagsabgeordneten ist zusätzlich wichtig. Jeder von uns, unabhängig vom Alter, kann jederzeit pflegebedürftig werden, sei es durch einen Unfall, sei es durch einen Schlaganfall. Solidarität mit den heute schon Betroffenen muß daher oberstes Gebot sein. Die Humanität einer Gesellschaft läßt sich an ihrem Umgang mit den Schwächsten messen. Hier hätte unsere Bundesregierung noch sehr viel nachzuholen, doch es bleibt zu fürchten, daß der gute Wille fehlt.

POST

Rigide Rotstift-Politik

Mit rigider Rotstift-Politik und rigorosen Sparmaßnahmen kündigt sich ein weiteres Kapitel gravierender Fehlplanungen an. Die Schließung des Bewegungsbades im Altenhilfezentrum.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Schließung des Bewegungsbades im Altenhilfezentrum von Anfang an eine beschlossene Sache war. Der Begriff "Schlüsselgewalt" erfaßt den ganzen Katalog von Negativ-Erfahrungen um Belegzeiten, erweiterte Nutzungszeiten an mehreren Tagen in der Woche, persönliche Schlüssel für den Übungsleiter, Garderobehaken und Sitzgelegenheit in den Umkleideräumen, eine Wassertiefe die nur für Menschen ab Körpergröße von 1,75 m gedacht ist, zu hohe Wassertemperatur, usw.. So ist der frühere Pächter als Tugendwächter der Verwaltung zu traurigem Ruhm in die Rangliste der Feinde des Sports gelangt. Kein Zweifel, daß man ihm damit Unrecht getan hat. Denn wo Gemeinde-Gesetze, städtische Verordnungen und behördliche Verträge mit Pächtern das Vereinsgeschehen begleiten, ist auch bei gutem Willen aller Beteiligten ein gewisses Maß an Leerlauf programmiert.

Mit der Errichtung des Altenhilfezentrums im Jahre 1992 entstand ein für viele Senioren, Herzsportler und gesundheitsbewußte Bürger attraktives Bewegungsbad mit einer Wassertemperatur von ca. 32 Grad. Hier wurde in vertretbarer Entfernung zum Wohnsitz für Senioren ein Sportangebot möglich, das besonders der sozialen und finanziellen Situation der aktiven Senioren entsprach.

Albert Einstein hat zu seinen Wissenschaftlern einmal gesagt: wir brauchen in unseren Köpfen keine Intelligenz sondern Fantasie. Diese Aussage würden wir gerne in die Gehörgänge unserer Stadtverordneten legen. Die Argumentation der Politiker, daß durch Einsparungen auf dem Feld des Sports die kommunalen Haushalte saniert würden, sind geradezu lächerlich, der Gesamtschaden jedoch beträchtlich größer.

Der Sport wird sich wohl in unserer Stadt selbst helfen müssen. Mangel und Not machen hier erfinderisch. Ob zugänglich oder störrisch - künftig werden wohl viele Wege des Sports am guten alten Amtsschimmel vorbeiführen.

Alfred K. Wilker, SKV-Sportwart

LINKE RUNDE

DISKUSSIONSFORUM DER
DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

29. Mai 1996
UZ, ND, Junge Welt - welche Zukunft für linke Medien?
Diskussion mit
Lothar Geißler, CommPress Verlag

12. Juni 1996
»Bündnis für Arbeit« - Rettung der Arbeitsplätze oder Ausverkauf der Arbeiterklasse?
Referat und Diskussion mit
Rolf Knecht, Betriebsrat

10. Juli 1996
Frauen - Verliererinnen der deutschen Einheit?
Diskussion mit Sonja Kiesbauer,
Mitarbeiterin der
PDS-Bundestagsgruppe

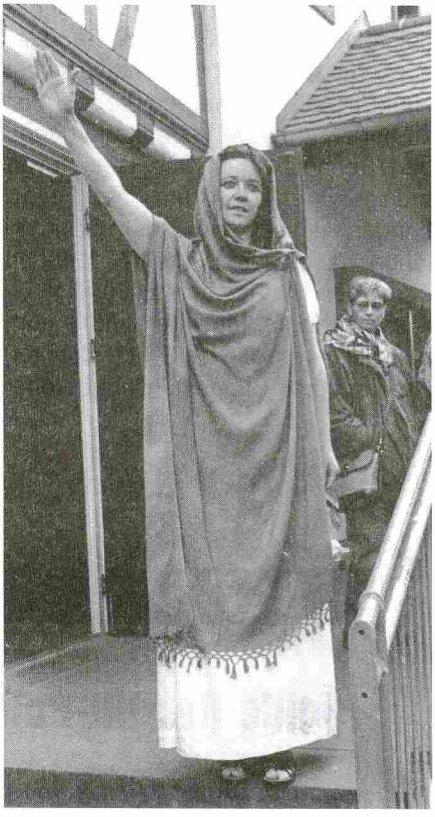
24. Juli 1996
Das Ozonloch.
Sommer - und keiner kann ins Freie?
Dipl.-Ing. Gernot Linhart über Probleme, die unter die Haut gehen

4. September 1996
Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
. . . und wie weiter?
Referat und Gespräch mit
Dr. Ellen Weber

30. Oktober 1996
Jeder wird alt - und dann?
Neues von der Pflegeversicherung
Mit Edith Dinkelaker,
Leiterin des Altenhilfezentrums
Mörfelden

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Alle Veranstaltungen sind öffentlich und beginnen jeweils um 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum



Die Römer waren in Mörfelden

„Seid gegrüßt, ihr Hilfssoldaten der 4. Vindeliter Kohorte! - Salvete auxiliarii quartae cohortis Vindélicae! - Das römische Fest zu Ehren unserer Mütter ist schon vorbereitet - Iam paratum est illud festum Romanum, quo matres nostras honoramus eiusque merita celebramus. Tretet ein als Freunde, Intrate, qui nobis amici coniuncti estis - doch gebraucht nicht eure Waffen! ne armis autem vestris utamini! - Die Familien der schönen Stadt Mörfelden lieben den Frieden - Familiae praeclari illius oppidi, quod „ager moerus" appellatur, pacem amant; - und haben ihre Stadt zur atomwaffenfreien Zone erklärt - qua causa iuraverunt nemini licere ista arma et instrumenta atrocissima, quae omnia animalia - sive homines sive bestias siv flores - funditus perdunt, in gremio patriae nostrae deponere locumque hunc amoenum maculare -aus diesem Grund haben sie geschworen, daß es niemandem erlaubt sei, diese gräßlichsten Waffen und Werkzeuge, die alle Lebewesen - seien es Menschen, Tiere oder Pflanzen - völlig vernichten, im Schoße unseres Heimatstädtchens zu lagern und so diesen Ort zu besudeln - Tretet also ein und verbringt einen schönen Tag mit uns! - Introite igitur et celebrate nobiscum diem iucundum!"

Mit diesen Worten begrüßte Museumsleiterin Cornelia Rühlig von den Stufen des „Goldenen Apfels" die nahenden römischen Legionäre, die vor großem Publikum aufmarschierten. Man sah Schwerter und Lanzen, Zelte, Werkzeuge und die Feldküche. Das römische Lagerleben im Hof begeisterte Jung und Alt. Römisches Brot, Kräuterkäse und lukanische Würstchen wurden probiert. Ein schöner Tag am Mörfelder Museum. Geschichte zum Anfassen.

SPENDE

Am Rande der Feierstunde zum 5jährigen Bestehen des Altenhilfezentrums überreichte DKP-Vorsitzender Gerd Schulmeyer eine Spende von 100,- DM als Beitrag zur Finanzierung des diesjährigen Bewohnerurlaubs.

Unsere kommunistische Plattform

UZ Zeitung der DKP

Ab 1. Juli
wieder wöchentlich!

AUS DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

DKP-OL-Fraktion wollte Bahn unter Druck setzen

Der Service der Bahn wird immer schlechter. Die Sicherheit auf den Bahnhöfen und in den Zügen wird vernachlässigt. Die Sauberkeit läßt zu wünschen übrig, Verspätungen und Zugausfälle häufen sich.
Die Mängel sind schon oft den Verantwortlichen vorgetragen worden, doch das Ergebnis ist, „wie wenn man einem Ochsen ins Horn petzt".
Nun will die Bahn, daß der Bahnübergang Nikolauspforte verschwindet; wegen der ICE-Züge soll der Ausbau auf 200 km/h erfolgen, man will die Kurve zwischen Bahnhof Mörfelden und Nikolauspforte begradigen.
Die DKP/OL-Fraktion stellte zum Thema einen Antrag, in dem es u.a. heißt: *„Der Magistrat wird beauftragt, die Ausbauabsichten der Bahn AG zum Anlaß zu nehmen, erneut nachdrücklich die Wünsche der Stadt vorzutragen und zielstrebig realisieren.*
Insbesondere sind im Zusammenhang mit der Schließung des Bahnübergangs (BU 87) Nikolauspforte und der Streckenbegradigung im Kurvenbereich Mörfelden folgende Punkte für die Stadt Mörfelden-Walldorf zu fordern bzw. zu erfüllen: Schallschutz in beiden Stadtteilen entlang der gesamten Bahnstrecke durch die Wohngebiete. Die beiden Bahnhöfe werden kundengerecht ausgebaut, d. h. Schaffung von ausreichend Park-and-Ride-Plätzen, Schaffung von ausreichend und dem heutigen Komfortstandard entsprechenden Bike-and-Ride-Plätzen (Fahrradabstellplätzen). Realisierung von Bahnsteiganhebung und -überdachung, Aufenthaltsräume, Toiletten und Sitzgelegenheiten für Fahrgäste. Die Sicherheit auf den Bahnhöfen ist zu verbessern.
S-Bahn-Anschluß bzw. Ausbau wird vertraglich zugesichert und zeitlich fixiert."
Sinn des Antrags war also, die Bahn will was von uns, dafür hat sie unsere Forderungen zu berücksichtigen.
SPD und Grüne lehnten diese Initiative ab. Begründung: Alles sei doch bereits „in Gang" gebracht. Fazit: eine Chance wurde vertan, ein Druckmittel aus der Hand gegeben. Es bleibt bei allgemeinen Appellen an die Bahn AG.

Warmes Wasser von der Sonne

In Zukunft wird die Stadt solarthermische Anlagen mit Zuschüssen fördern. 'Solarthermik' heißt: Wasser wird direkt oder indirekt mittels Kollektoren, die auf dem Dach installiert werden, erwärmt und gespeichert. Damit kann entweder die Warmwasserversorung eines Hauses oder auch die Heizung bedient werden. Heizenergie aus Strom oder Gas/Öl wird somit eingespart. Förderungen gibt es vom Bund, Land Hessen, Maingas - und neuerdings - auch von der Stadt. Die Anlagen sind damit (auch bei nachträglichem Einbau) in den meisten Fällen wirtschaftlich. Vorher sollte man sich beim Energiebeauftragten im Rathaus beraten lassen und die Sache durchrechnen. Anträge auf Bezuschussung müssen vorher gestellt und beschieden sein.

Protest gegen Atomtransporte

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß gegen die Stimmen der CDU eine Protestresolution gegen Castor- und andere Atomtransporte. In der Resolution wird der Ausstieg aus der Atompolitik gefordert.

Strom aus Sonnenkraft

Ein Antrag der DKP/OL-Fraktion wurde angenommen in dem es heißt: *„Der Magistrat wird beauftragt, mit der HEAG Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Stromeinspeisung von Stromproduzenten (1 bis 10 kW) in unserer Stadt mittels Photovoltaikanlagen angemessen zu vergüten."*

Die Photovoltaik-Anlagen werden ebenfalls vom Bund, Land Hessen und der HEAG bezuschußt. Dennoch ist der Durchbruch zur Wirtschaftlichkeit noch nicht gelungen. Auch eine Bezuschussung durch die Stadt in der Größenordnung wie bei solarthermischen Anlagen würde die Wirtschaftlichkeit derzeit noch nicht garantieren. Daher zielt unser Antrag auf Verhandlungen mit der HEAG. Sie soll den ins öffentliche Netz eingespeisten Strom vergüten.

Die von der DKP/OL ursprünglich beantragte *„kostendeckende"* Vergütung wurde von der Parlamentsmehrheit leider abgelehnt.

(Photovoltaik = Produktion von Strom aus Sonnenlicht mittels Modulen, die auf dem Dach installiert werden.)

„Solidarität mit den Atomkraft-Gegnern von Lüchow-Dannenberg!" Unter diesem Transparent trafen sich Atomkraft-Gegner auf dem Mörfelder Dalles. In ihrem Flugblatt hieß es: „Heute früh gab es in Dannenberg Knüppelorgien der Polizei, die wir von der Startbahn West noch in guter Erinnerung haben. Wir fordern: Schluß mit den Castortransporten! Keine Plutoniumtransporte! Ausstieg aus der gefährlichen, zukunftsgefährdenden Energieart!"

Stadtgeschichten

Einen Augenblick der Ruhe und des Friedens strahlt dieses Bild aus, das im Frühjahr des Jahres 1936 in der Langstraße 50 in Walldorf aufgenommen wurde. Auf so einem Anwesen gab es viel Arbeit und Ruhe war für die Mütter und Großmütter ja schon, wenn sie nur den Strickstrumpf wieder ein Stück voranbrachten. Schon bald rumorte es im Stall und das Vieh mußte gefüttert werden.
Es war die Hofreite von Peter Jakob in Walldorf, auch „Kiehhirts-Peter" genannt, weil er früher mit den Kühen durch die Gemarkung zog. Peter Jakob war neben seiner Tätigkeit als Landwirt aber auch noch Ortsdiener, heute würde man sagen Hilfspolizist.
Unser Bild zeigt von links Eleonore Jakob („Kiehhirts-Lore"), ihren Enkel Helmut Hechler (heute in Mörfelden wohnend), seinen Bruder Albert Hechler und seinen Vater Philipp Hechler. Helmut Hechler, der sich mit seinen Eltern oft bei den Großeltern aufhielt, weiß zu erzählen, daß sich in den Stallungen ein Pferd, zwei Kühe, Ziegen, Schweine, Puten, Hühner und sogar zeitweise der Gemeinde-Bulle befanden.

Friedens-Partnerschaft

51 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahmen erstmals offiziell Deutsche an den Befreiungsfeierlichkeiten am 4./5. Mai in den Niederlanden teil. Auf Einladung des Bürgermeisters unserer Partnerstadt Wageningen, die 1945 Unterzeichnungsort der deutschen Kapitulation war, wurde diese Ehre einer Delegation aus Mörfelden-Walldorf zuteil. Zehn Jahre nach der Besiegelung einer „Partnerschaft für den Frieden" wurde damit ein weiterer Schritt getan, die gemeinsame Verantwortung für Frieden und Freiheit zu unterstreichen. Den Freunden aus Wageningen und allen, die diese beachtliche Geste befürwortet haben, herzlichen Dank. An den eindrucksvollen Veranstaltungen im Rahmen der Befreiungsfeierlichkeiten nahm für die DKP/Offene Liste der Fraktionsvorsitzende Gerd Schulmeyer teil. Im nächsten „blickpunkt" berichten wir ausführlich.

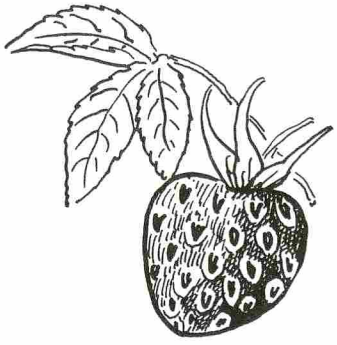
Wir gratulieren den Fußballern der SKV zum Aufstieg. Viel Glück und Erfolg in der Landesliga!

Die „blickpunkt"-Redaktion

Jetzt vormerken:

Am 20. Juli 1996 ist wieder Grillfest der DKP am Goldenen Apfel.

Unser Lexikon



Erbel

Erdbeere

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.